Beschluss INI03

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: **Bespitzelung beenden – für einen verfassungskonformen Verfassungsschutz**

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Sachsen verurteilt die bekannt gewordene anlasslose, rechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Bespitzelung von Mitgliedern der Landesregierung, demokratisch gewählten Abgeordneten im sächsischen Landtag und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Dass mit Martin Dulig der stellvertretende Ministerpräsident des Freistaates und Vorsitzende des Landesverbandes der ältesten demokratischen Partei Deutschlands zum Zielobjekt der Überwachung wurde, stellt einen in einem demokratisch verfassten Sachsen einmaligen, ungeheuerlichen Vorgang dar.

Genauso deutlich verurteilen wir die Bespitzelung aller Menschen in Sachsen, die wegen ihres politischen Engagements für Demokratie und Menschenrechte überwacht worden sind. Diese Pervertierung der Idee der wehrhaften Demokratie durch einen offenkundig völlig außer Kontrolle geratenen sächsischen „Verfassungsschutz“ stellt einen direkten Angriff auf die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates dar. Die SPD Sachsen wird einen solchen Angriff nicht tatenlos hinnehmen.

Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn in beispielloser Weise Macht durch jene Institution missbraucht wird, deren einziger Daseinszweck die Aufgabe des Schutzes der Rechte der Menschen in diesem Lande vor Angriffen durch die Feinde der Demokratie ist. Wir sagen es deutlich: Die Demokratie in Sachsen ist in Gefahr!

Wir fordern sofortige politische und juristische Konsequenzen. Hintergründe und Verantwortlichkeiten der Bespitzelungsaktionen müssen rückhaltlos und ohne Ansehen der beteiligten Personen aufgeklärt werden. Verantwortliche sind nicht nur umgehend ihrer Ämter zu entheben, sondern auch für Gesetzesübertretungen juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Politisch Verantwortliche für diesen Rechtsbruch fordern wir zum sofortigen Rücktritt auf. Alle Amts- und Mandatsträger*innen der sächsischen SPD rufen wir auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um an der Aufklärung mitzuwirken und eine Wiederholung zu verhindern. Zu diesem Zweck rufen wir sie und alle Mitglieder der Partei auch dazu auf, Anträge auf Auskunft über vom Verfassungsschutz gesammelte Daten zu stellen. Nur so können wir einen Überblick über das Ausmaß des Rechtsbruches erhalten.

Ein Verfassungsschutz, der die Verfassung nicht respektiert, ist keiner. Wir alle sind aufgerufen, die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens zu schützen. Und das wird die SPD auch weiterhin tun.